

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

2020-Ziele lösen Lissabonstrategie ab

Die EU-Bildungsminister haben sich am 11. Mai, mit Ausnahme von Großbritannien, bei ihrem Ratstreffen auf zwei neue bildungspolitische Zielzahlen verständigt. Nachdem beim

letzten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Punkt Bildung von der Tagesordnung genommen worden war, soll Mitte Juli vorgeschlagen werden, die Anzahl der Schulabbrecher auf unter 10 % zu senken und die Anzahl der Absolventen im Alter von 30-34 auf 40 % zu erhöhen. Dabei schlug die EU-Kommission verschiedene Steuerungsmechanismen vor, die von den Bildungsministern aber stark abgeschwächt wurden. Begründet wurde das damit, dass die EU im Bereich der Bildung so gut wie keine Gestaltungskompetenz besitze.

Das Starten eines neuen Anlaufs war notwendig geworden, da die bisherige Lissabonstrategie



dieses Jahr auslief und ohnehin als gescheitert erachtet wurde.

Die neue Strategie soll dazu beitragen, die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise besser bewältigen zu können. Auf Dauer soll der Standort Europa als zukunftssträchtiger, wissensbasierter Wirtschaftsraum erhalten werden. Spätestens beim kommenden Gipfel der Staats- und Regierungschefs muss daher die neue britische Regierung die neuen Ziele absegnen, damit diese endgültig verabschiedet werden können. Die Chancen dafür stehen nach

Expertenangaben aber eher schlecht. Viele werten das als Zeichen dafür, dass die Briten auch mit ihrer neuen Regierung geistig nach wie vor nicht in Europa angekommen sind. Bei einem so wichtigen Thema und der derzeitigen Lage Europas darf man sich nicht in Detailverliebtheit verlieren, sondern muss zwingend das Gesamtbild im Auge behalten. Diesem Ziel steht auch die Idee entgegen, die Bildungsausgaben kürzen zu wollen. „Jeder, der das fordert, gefährdet unsere Zukunft und unsere sozialen Systeme. Die neue Strategie muss funktionieren, damit diese Systeme weiterhin ihren Zweck erfüllen können“, so Dr. Thomas Ulmer.

Ist Deutschland tatsächlich „nur“ Opfer der Eurokrise?

Bösartige Spekulanten und die Mitgliedsländer in Südeuropa wurden scheinbar schnell als Schuldigen der Eurokrise ausgemacht. Generell ist es richtig, Spekulationen einzudämmen und die Mitgliedstaaten dazu aufzufordern, ihre Staatsfinanzen zu konsolidieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. „Doch wenn man über die Zukunft der Währungsunion spricht, ist dies nur die halbe Wahrheit“, sagt der CDU-Europaabgeordnete Ulmer. „Es ist zwar unverantwortlich, dass die südländischen Länder schlampig mit ihrer Haushaltspolitik umgegangen sind und die Löhne unverhältnismäßig erhöht haben, aber dass Deutschland schon seit Beginn der Währungsunion weit unter seinen Verhältnissen lebt, ist genauso gefährlich“, gibt Ulmer zu bedenken.

fähigkeit die Lohnkosten möglichst gering zu halten. Deswegen konnten aber die Arbeitnehmer am Anstieg des Wohlstandes leider nicht teilhaben. Dies führte unweigerlich zu einer Stagnierung des Binnenmarktes und löste einen Exportboom aus, der die Ausfuhr um 70 % steigen ließ. Diese Kombination ist auch ein Grund dafür, dass Deutschland seit Beginn der Währungsunion 895 Milliarden Euro weniger ausgegeben als eingenommen hat, was zwangsläufig im Ausland angelegt werden musste. Ulmer erklärt: „Wenn alle Länder in der Währungsunion den Gürtel so eng schnallen würden wie wir, würde der Euroraum in eine Deflation steuern. In der Summe käme es eben nicht aufgehen, dass alle versuchen so viel zu sparen wie Deutschland.“

in die Europäische Währungsunion zu bringen: Alle Mitgliedsländer müssen mittelfristig in etwa das ausgeben, was sie einnehmen. Daher ist Deutschland nicht nur Opfer,

sondern vielmehr Teil sowohl des Problems als auch der Lösung. Konkret heißt das für Deutschland, dass die Binnenfrage endlich wieder in Schwung kommen muss. Die Ersparnisse der deutschen Wirtschaft sollten daher verstärkt im Inland investiert werden, anstatt die Altersvorsorge auf ausländischen Märkten aufzubauen. „Die Bildung von Sachvermögen muss demnach genauso gefördert werden wie Vermögensanlagen in „Versicherungsverträgen“, fordert Ulmer. Da die Investitionstätigkeit nicht alleine durch die Privaten gestemmt werden kann, wird daher ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm notwendig sein.



In den letzten 10 Jahren hat sich die deutsche Wirtschaftspolitik stark darauf fixiert, zugunsten der Wettbewerbs-

für den Euroraum gibt es makroökonomisch daher nur eine Lösung, um mehr Balance

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

EU-Richtlinie für die Harmonisierung der Organtransplantation angenommen



Bisher gibt es zwei Verbundsysteme für Organtransplantationen in Europa: Eurotransplant (Deutschland, Österreich, die Beneluxstaaten, Kroatien und Slowenien) und Scandiatransplant (skandinavische Länder). Trotzdem warten in Deutschland allein 780 Patienten auf ein neues

Herz, zur Verfügung stehen aber lediglich 360-380 jährlich. Im Schnitt sterben unter diesen Umständen in Deutschland täglich drei Menschen, die auf der Warteliste für ein Organ stehen. Europa-weit steigt die Zahl derjenigen, die auf eine Organspende warten, sogar auf 60.000 Menschen, jedoch sterben 12 davon täglich, weil das benötigte Organ nicht verfügbar ist.

Immer noch bestehen Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten bezüglich der Thematik Organtransplantation. Nicht nur die Chance auf ein Sponderorgan variiert: Während Spanien 34 Sponder pro Million Einwohnern aufweisen kann, ist diese Zahl in Deutschland (14,9 Sponder) und Rumänien (1 Sponder) im Vergleich deutlich geringer. „Aber nicht nur die Zahl, sondern auch die Qualität der Sponderorgane, die Transplantation selbst und die Nachsorge unterscheiden sich erheblich zwischen den Mitgliedsstaaten“, sagt der Europaabgeordnete Dr. Ulmer, der noch immer

als Mediziner tätig ist. „Daher kam es jetzt mit dieser EU-Richtlinie über Qualität und Sicherheit menschlicher Organe zu einem ersten Durchbruch“, kommentiert er zufrieden.

Die Richtlinie legt jedoch nur verbindliche Rahmenbedingungen für die Qualität und Sicherheit von Organen fest. Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl der Organspenden wurden deshalb in einen unverbindlichen Zehn-Punkte-Aktionsplan aufgenommen. „Da bei uns bisher schon hohe Standards gelten, liegt der Vorteil für Deutschland vor allem in größeren Kooperationsmöglichkeiten, die durch die Angleichung der Qualitätsstandards entstehen“, erklärt Dr. Ulmer. Er unterstützt außerdem die Forderung nach „Transplantationskoordinatoren“, welche gewährleisten sollen, dass medizinisches Personal mit ausreichender Erfahrung und Qualifikation die Koordination und Organisation der Transplantationen im Krankenhaus übernimmt. „Dies soll in Zukunft verhindern, dass potenzielle Sponderorgane trotz Organspende-ausweis verloren gehen“, so Ulmer.

Gemäß dem deutschen Transplantationsgesetz dürfen nur nahe Verwandte und dem Empfänger sehr nahestehende Personen als Lebendorganspender infrage kommen, um Organhandel vorzubeugen. Trotzdem gab es in den letzten 10 Jahren im Eurotransplant-Bereich 200 Patienten, die ein Organ erhalten haben, ohne dass sie vorher auf der Warteliste gemeldet waren. Die WHO schätzt außerdem, dass fünf bis zehn Prozent der jährlich 67.000 verpflanzten Nieren „gekauft“ worden sind. Dr. Ulmer äußert sich deshalb positiv: „Mit dieser Richtlinie wird endlich gegen Organhandel vorgegangen, da die freiwillige, unentgeltliche Organspende und das Verbot des Organhandels für alle EU-Mitgliedsländer deutlich festgeschrieben wurden“.

Im Kampf um die Eurostabilität fordert das Parlament mehr Mut und Entschlossenheit von der Kommission

Der Europaabgeordnete Ulmer ist sich sicher: „Wir haben keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft! Vielmehr haben wir eine Krise der EU-Mitgliedstaaten und deren Regierungen.“ Schon seit Längerem haben die EU-Länder den verabredeten Stabilitäts- und Wachstumspakt untergraben. Doch anstatt einzugreifen, hat die Kommission bisher weggeschaut und auch heute nimmt man sie eher als untätig wahr. Nach der Finanzkrise war eine „unverbindliche Mitteilung über die bessere Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ alles, zu was sich die Kommission bisher hatte durchringen können. So wie die Mehrheit im Parlament, fordert auch Ulmer härtere Maßnahmen: „Konkrete Gesetzgebungsvorschläge müssen endlich auf den Tisch gelegt werden. Um das Vertrauen in den Euro wiederzuerlangen, muss deutlich herüberkommen, dass die EU-Staaten ihre Schulden wieder in den Griff bekommen werden.“

Bei der Entscheidung der EU-Finanzminister zur Finanzierung des EU-Anteils des Rettungspakets von 60 Mrd. Euro wurde das Parlament außerdem übergangen. Dr. Ulmer empfindet dies als eine Gefährdung der Gemeinschaftsmethode und kritisiert: „Der Rat hat ein vertraglich vorgeschriebenes Verfahren unter Einbeziehung des Parlaments verhindert und damit am 9. Mai, dem Jubiläumstag des Schuman-Plans von 1950, die „Methode Monnet“ zu Grabe getragen.“

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.) | Tarnstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893969

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweise: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement European; © Nikola Spasenovski; „Krise“ © Rainer Sturm / PIXELIO; Brille: © Michael Bührke / PIXELIO; „Aktienkurse“ © Rainer Sturm / PIXELIO; „... bessere Zukunft“: © Stephan Erdmann / PIXELIO

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Das Ende der „rechtsfreien Zeit“ für Hedgefonds kommt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments hat sich entschieden: Hedgefonds werden in Zukunft reguliert. „Dies ist sicherlich ein wichtiger Schritt für die Regulierung der Finanzmärkte, aber



gewiss nur der Anfang“, kommentiert Dr. Ulmer diese Entscheidung. Hedgefonds sind eine spezielle Art von Anlagestrategien, die durch risikoreiche und hochspekulative Anlagen hohe Renditen erzielen wollen. Da sie als eine der Hauptschuldigen der Finanzkrise ausgemacht worden waren, setzt das Europaparlament nun gezielt dort an. Die Entscheidung des Ausschusses ist positiv in der Hinsicht, dass auch Hedgefonds aus Drittstaaten unter die Regulierung fallen und sich und ihre Manager somit innerhalb der EU mit einem EU-einheitlichen Pass anmelden müssen. „Mögliche Ausnahmen dieser Regulierung halte ich für kontraproduktiv, da diese zu Schlupflöchern verleiden. Aber natürlich werden wir unterschiedliche Regelungen für unterschiedliche Fondstypen anstreben“, äußert sich der Europaabgeordnete aus Mosbach.

Im Zuge der Verhandlungen mit dem Rat will das Parlament deshalb Transparenz, Meldepflichten und Europäische Kontrolle durchsetzen. Eines ist für Dr. Ulmer jedoch sicher: „Europa muss endlich geschlossen alle Aspekte der Finanzmärkte strengerem Regeln und einer verbesserten grenzüberschreitenden Aufsicht unterwerfen. Nur durch eine konsequente Strategie werden wir etwas erreichen!“